

Simulation des Europäischen Parlaments
21.-22. November 2025

SIMULATION EUROPÄISCHES PARLAMENT

ENTSCHLIEßUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

vom 22. November 2025

zu den transatlantischen Beziehungen – Sicherheit, Verteidigung, Handel und Wirtschaft

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

- unter Hinweis auf die Artikel 2 und 21 des Vertrags über die Europäische Union (EUV),
- unter Hinweis auf Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),
- unter Hinweis auf Artikel 218 AEUV über den Abschluss internationaler Übereinkünfte,
- unter Hinweis auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union (GSVP), insbesondere den Europäischen Verteidigungsfonds (EDF) und die Europäische Friedensfazilität (EPF),
- unter Hinweis auf die Beratungen im NATO-Rat gemäß Artikel 4 des Nordatlantikvertrags und die Ergebnisse des NATO-Gipfels 2025,
- unter Hinweis auf die Arbeit des EU-US Trade and Technology Council (TTC),
- unter Hinweis auf frühere Entschlüsse des Europäischen Parlaments zu transatlantischen Beziehungen, europäischer Sicherheitsarchitektur und zur Unterstützung der Ukraine,
- in Erwägung nachstehender Gründe:

ERWÄGUNGSGRÜNDE

- A. in Erwägung, dass die sicherheitspolitische Lage in Europa durch den anhaltenden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine weiterhin destabilisiert ist und russische Drohnenangriffe zuletzt mehrfach NATO-Luftraum verletzt haben;
- B. in Erwägung, dass die Vereinigten Staaten 2025 angekündigt haben, ihre militärische Unterstützung für die Ukraine stärker von Beiträgen der europäischen Verbündeten abhängig zu machen und zugleich die Lastenteilung innerhalb der NATO neu zu bewerten;

- C. in Erwägung, dass die US-Regierung neue Handels- und Zollmaßnahmen beschlossen hat, darunter die Aussetzung der De-minimis-Schwelle sowie Forderungen nach umfassenden Zollerhöhungen gegenüber China und Indien, die erhebliche Auswirkungen auf europäische Unternehmen und Verbraucher haben könnten;
- D. in Erwägung, dass die EU und die USA am 27. Juli 2025 eine neue Handelsvereinbarung angekündigt haben, deren konkrete Umsetzung, Auswirkungen auf den Binnenmarkt und Vereinbarkeit mit WTO-Regeln noch nicht vollständig absehbar sind;
- E. in Erwägung, dass die transatlantische Partnerschaft für die Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand Europas von grundlegender Bedeutung bleibt, zugleich jedoch die Notwendigkeit besteht, die strategische Handlungsfähigkeit der Union im Sicherheits-, Verteidigungs- und Wirtschaftsbereich weiter auszubauen;

NIMMT FOLGENDE ENTSCHLIEßUNG AN:

1. betont, dass neue amerikanische Handelsmaßnahmen im Allgemeinen und Sanktionen gegenüber Russland nicht einseitig zu Lasten europäischer Unternehmen wirken dürfen, und verlangt, dass die Kommission Schutzklauseln prüft und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen in gleicher Weise vorbereitet;
2. unterstreicht, dass die EU unter Achtung der Menschenrechte ihre Resilienz in kritischen Infrastrukturbereichen (Energie, gesundheitliche Versorgung, Luftverteidigungsgüter, digitale Technologien) stärken muss, und fordert, dies innerhalb des geltenden mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 umzusetzen, ohne dabei Kürzungen im Sozialsektor und Klimaschutz vorzunehmen. Zur Sicherung von Schlüsselindustrien ist es notwendig, Rohstoff- und Energieabhängigkeiten, mitunter durch die Förderung erneuerbarer europäischer Energie und unter Achtung der Verordnung (EU) 2024/1252 (Critical Raw Materials Act), zu reduzieren;
3. fordert darüber hinaus, dass der nächste Mehrjährige Finanzrahmen (2028–2034) eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel um 75 Mrd. Euro für den Bereich Klimaschutz und um 200 Mrd. Euro für die Bereiche Entwicklung und Forschung für Klimaschutz, Technologie sowie Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung vorsieht, um Europas strategische Handlungsfähigkeit langfristig zu verbessern, Arbeitsplätze zu sichern und damit die soziale Gerechtigkeit zu fördern;
4. fordert, dass die Mittel aus dem Europäischen Verteidigungsfonds und verwandten Programmen prioritär in europäische Projekte fließen, die die Luftverteidigungsfähigkeit, Munitionsversorgung und Cyberabwehr in Europa stärken, wobei besondere Gewichtung auf die Länder gelegt wird, die über eine direkte Grenze zu Russland verfügen;
5. verlangt, dass die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eine Transparenzpflicht gegenüber dem Parlament etabliert, wenn EU-Mittel für militärisch relevante Programme eingesetzt werden, und jährliche Fortschrittsberichte vorlegt;
6. betont, dass die Unterstützung für die Ukraine sowohl militärisch als auch wirtschaftlich fortgesetzt werden muss, und fordert die Verlängerung der Zollpräferenzen für ukrainische Produkte über das Kriegsende hinaus, um die Ukraine

auf dem Weg zur wirtschaftlichen Stabilität und Unabhängigkeit zu unterstützen, wobei der Weg für die Ukraine in die EU offenbleiben soll;

7. ersucht die Kommission, im TTC eine ständige Arbeitsgruppe zu Handelskonflikten mit den USA einzurichten, um Streitigkeiten frühzeitig zu klären und den Binnenmarkt zu schützen;
8. fordert, dass das Parlament bei allen künftigen Handelsabkommen mit den USA gemäß Artikel 218 AEUV umfassend beteiligt wird, und kündigt an, seine Zustimmung nur zu erteilen, wenn Transparenz und faire Marktbedingungen gewährleistet sind;
9. fordert, dass das EU-Mercosur-Partnerschaftsabkommen im Jahr 2026 unterzeichnet wird und damit die weltweit größte Freihandelszone für eine zukunftssichernde Wirtschaft mit einem Markt von über 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern schafft. Die Einhaltung von EU-Standards muss in Hinsicht auf soziale und ökologische Kriterien langfristig gewährleistet sein;
10. fordert, dass EU-Sanktionen gegen Russland in Abstimmung mit internationalen Partnern fortgesetzt und verschärft werden, dürfen sich aber nicht dauerhaft auf die Abstimmung stützen. Es soll nach dem Wertebewusstsein der EU gehandelt werden;
11. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission sowie der Vizepräsidentin der Kommission / Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie – zur Information – dem US-Außenministerium und dem US-Kongress zu übermitteln.

Geschehen zu Berlin am 22. November 2025

Für das Europäische Parlament

Der Präsident